



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/75 - 31.3.54 BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Hinweise

Fernsprecher 21831-33

auf den Inhalt:

Fernschreiber 039 890

Tragisches Wechselspiel	S. 1
Überraschung in Pakistan	S. 3
Namenswechsel mit politischem Hintergrund	S. 5
Probleme der Flurbereinigung	S. 6

Pankow soll hoffähig werden

(sp) Einige Tage lang wird im Ostsektor Berlins unter gewaltigem rednerischem Gedröhn die Propagandatrommel der SED geführt werden. Ulbrichts Rechenschaftsbericht von über fünf, nach anderen Berichten sechs Stunden war ein beachtender Auftakt, nachdem vorher der Kreml mit der Zuerkennung der zugeordneten Souveränität an das Regime in Pankow seinen Segen erteilt hatte.

Dieser Akt war symbolisch für die erneuerte Moskauer Wertschätzung des Triumvirates Pieck-Ulbricht-Grotwohl. Von sozialdemokratischer Seite wurde sofort nach dem Bekanntwerden dieses Schrittes auf seine wahrscheinlich sehr ernsten Folgen aufmerksam gemacht. Die Forderung Ulbrichts, die Militärmissionen der Westmächte in Westberlin müßten künftig alle einschlägigen Fragen mit der Sowjetzonen-Regierung und nicht mit der russischen Besatzungsmacht regeln (wofür natürlich das sowjetische Einverständnis vorliegt, wenn eine solche Forderung erhoben wird), ist gewiß nur ein Anfang. Es geht darum, schrittweise und, wenn es sein muß, mit einer Art von sanfter Gewalt Pankow im Kreis der Westmächte hoffähig zu machen, wobei wir nicht glauben möchten, daß diese Bestrebungen Erfolg haben werden. Interessant ist an alledem in erster Linie der darin zum Ausdruck kommende Wille Moskaus, das internationale Prestige seines Zonensatelliten und damit auch die eigene Position bei allen künftigen

internationalen Verhandlungen zu festigen, was natürlich zuerst für Genf gilt.

Nachdem den Machthabern in Pankow das stark lädierte und abgegriffene Souveränitäts-Etikett angeheftet wurde, haben sie selbst natürlich ein verständliches Interesse daran, mit dieser Tatsache nach außen hin "groß anzugeben" - sie selbst wissen durchaus um die Grenzen ihrer Vollmachten. Aber in dem ihnen nun gegebenen Rahmen werden sie die letzten Möglichkeiten ausschöpfen, um ihre Stellung erneut zu untermauern. Dafür halten sie den Weg für besonders geeignet, die westliche Welt, einschließlich der Bundesrepublik, dahin zu bringen, sie, die Männer von Pankow und ihren Staat, wenn nicht de jure, dann de facto anzuerkennen und dadurch die Spaltung Deutschlands zu "zementieren", wie man heute unschön aber treffend zu sagen pflegt.

Es ist ein tragisches Wechselspiel seit dem Jahre 1949 im Gange: Auf jeden Schritt der westlichen Seite zur Neuordnung der Lebensverhältnisse und der politischen Struktur in der Bundesrepublik - Währungsreform, Unterzeichnung der Westverträge vor zwei Jahren, völkerrechtliche Anerkennung der Bundesrepublik durch die Staaten der westlichen Welt - folgte noch jedesmal die entsprechende Reaktion auf der anderen Seite. Dabei ist freilich nicht zu übersehen, daß den Anstoß zur Spaltung Deutschlands die unerlösten Reparationsforderungen der Sowjets in den ersten Nachkriegsjahren gaben, die, hätte man sie anerkannt und honorieren wollen, für Westdeutschland den absoluten und endgültigen Niederbruch bedeutet haben würden.

Im Endergebnis läuft das Beharren beider Mächtigkeitsgruppen auf ihren Positionen im besetzten Deutschland auf eine Versteinerung des status quo hinaus. Diese Erscheinung ist durch Vertragssysteme verdeckt, die für beide Teilstaaten Deutschlands mit dem Begriff der Souveränität zwar reichlich operieren, ihm aber keinen realen Inhalt geben, freilich mit dem Unterschied, daß Grad und Formen der Abhängigkeit sehr verschieden sind.

+ + +

Karachi enttäuschte Ost-Pakistan

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Als sich der pakistanische Ministerpräsident Mohammed Ali entschlossen hatte, das Land dem westlichen Verteidigungssystem anzuschließen und damit eines der letzten noch fehlenden Stücke zum Abwehrring der westlichen Welt zu liefern, ahnte er noch nichts vom Ausgang der Provinzialwahlen in isolierten östlichen Teile Pakistans. Noch vor den Wahlen mußte der Regierungschef von Karachi den fälligen sowjetischen Protest gegen den Beistandspakt mit der Türkei zu den Akten legen. Wenn er ihn überhaupt geschlossen hat, so war dafür weniger die amerikanische Militärhilfe ausschlaggebend, die er gleichzeitig erhalten wird, als vielmehr der Wunsch, sich einen Bundesgenossen gegen Indien zu verschaffen, zwischen dem und Pakistan immer noch als ständiger Streitfall Kaschnir wie eine scharfe Bombe liegt.

Diese Sorge tritt im Augenblick gegenüber den schlechten Nachrichten zurück, die von Ostpakistan, dem vom indischen Bengalen umschlossenen östlichen Teile des zweigespaltenen Staatsgebildes, gekommen sind. Das Prinzip der Teilung Indiens in einen Hindustaat und einen Moslemstaat wurde im Falle Ostpakistans strukturell durchbrochen, denn Moslems und Hindus leben dort etwa im Verhältnis von 3 : 1. Nach der Konstituierung des Staates gab es Hinduverfolgungen, auch Massaker und Massenfluchten. Aber nicht das hat jetzt die Niederlage Mohammed Alis und seiner Moslemliga herbeigeführt. Denn die Kräfte, die sie beibrachten, waren in einer sehr wenig homogenen Koalition vereint, in der "Vereinigten Front", in der sich oppositionelle Moslems, Hindus, Sozialisten und auch Kommunisten zusammengefunden hatten.

Durch politische Fehlgriffe hat die regierende Moslemliga ihre Schwäche selbst verursacht. So verordnete sie die zwangsweise Einführung der Urduessprache für ganz Pakistan, obwohl sie im Osten niemals vorher gesprochen worden war. Sie nahm keine Rücksicht auf die durch die Teilung Indiens hervorgerufene wirtschaftliche Spaltung Bangalens, die den pakistanischen Juteerzeugern den natürlichen Weg zu den Fabriken im indischen Kalkutta abschneidet. Während Indien die Rupie abwertete, machte Karachi die ostpakistanische Wirtschaft durch Vorharren auf dem alten Wert der Rupie wehrlos. Der ohne Rücksicht auf den isolierten Landesteil betriebene Kurs der Moslemregierung wurde besonders

deutlich, als die für West- und Ostpakistan gleichermaßen gültige Staatsverfassung in der verfassunggebenden Versammlung von Karachi beraten wurde. Ein zentralistischer Staat, ohne Rücksicht auf die einzelnen Teile, sollte geschaffen werden. Als vollends der Vorgänger Mohammed Ali, der Bengale Nazimuddin als Ministerpräsident gestürzt wurde, war das das letzte Signal für die Sammlung der enttäuschten Bengalen in der Vereinigten Front.

Der Sieg der Opposition ist zustande gekommen, weil mehr als die Hälfte der Bevölkerung von Pakistan im isolierten Osten lobt und die zentralistische Politik direkt zu spüren bekam. Die Kontrolle im östlichen Provinzialparlament geht jedenfalls wie die Regierungsbildung in die Hände der Vereinigten Front über. Aber auch für das Zentralparlament von Karachi sind Rückwirkungen wahrscheinlich. Schon ist die Forderung nach allgemeinen Neuwahlen gestellt. Der Osten verlangt zusätzlich Autonomie und Selbstverwaltung. Der Ehrgeiz des Oppositionsführers, Suhrawardy, eines alten Mitarbeiters von Gandhi (übrigens, richtet sich bereits auf die Nachfolge Mohammed Ali, des Repräsentanten des außenpolitischen Kurses, der im Fakt mit der Türkei und der Annahme der amerikanischen Militärhilfe zum Ausdruck kam. Mohammed Ali hat wegen der Ungewißheit der Lage seine Reise nach Indonesien abgesagt, wo er versuchen wollte, diese Inselwelt als verletztes Glied in den Verteidigungsring einzufügen.

Die Rückwirkungen des politischen Machtwechsels auf die neue Außenpolitik sind noch nicht abzusehen. Ein Ministerpräsident der Opposition würde dem Neutralitätskurs Nehrus weit geneigter sein als der festen Bindung Pakistans an einen Block. Dazu wäre allerdings die Auflösung des Parlaments in Karachi mit anschließenden Neuwahlen die Voraussetzung. Mohammed Ali und seine Liga sind zunächst dazu nicht bereit. Inzwischen sind die ersten Zusammenstöße zwischen Anhängern der Moslemliga und denen der siegreichen Opposition, die bereits die Provinzialgewalt übernommen hat, im Osten erfolgt. Der außenpolitische Faktor Pakistan wird durch diesen innenpolitischen Wandel nicht gestärkt. Und gerade er sollte durch die Vorträge einen erhöhten Wert erfahren.

+ + +

Ein Herr Alfons Palma aus Dalmatien ...

Von gut unterrichteter Seite erhielten wir die folgende Zusage:

Vor drei Monaten ging an einer nicht unbedeutenden bayerischen Tageszeitung eine erstaunliche Veränderung vor sich: Als geschäftsführender Chefredakteur und Leiter des Ressorts Außenpolitik wurde - mit sehr ansehnlichem Gehalt - ein Herr angestellt, der niemals deutscher Staatsbürger war und dessen politische Vorgangenhait zunächst durch einen mystischen Schleier verhüllt schien.

Der im Impressum angeführte Name ist ein Pseudonym, der echte Name ist jugoslawisch, die Heimat des zu einflußreicher Stellung gelangten ist Jugoslawien und seine österreichische Staatsangehörigkeit erwarb er nach dem Kriege. Zuvor stand er in Tuschführung mit der Ustaschi-Bewegung.

Mancher deutsche Leser mag vergessen haben, daß die Ustaschi eine nach dem deutschen SS-Muster aufgestellte Truppe waren und gleichzeitig eine Art Geheim-Organisation darstellten, an deren Spitze Ante Pavlic stand. Am 9. Oktober 1934 führten die Ustaschi unter Anführung von Pavlic in Marseille das Attentat durch, dem der jugoslawische König Alexander und der französische Minister Barthou zum Opfer fielen. Dem kroatischen Faschistenführer, dem es gelang nach Italien zu fliehen, verurteilte erst ein französisches und dann ein jugoslawisches Gericht zum Tode. Seine Auslieferung aus Italien wurde von Mussolini verweigert.

Im Jahre 1941 begann dann Pavlic' große Zeit, als er unter dem Schutze deutscher Truppen den unabhängigen Staat Kroatien bildete und mit seinen Ustaschi-Vereinigungen einen unvorstellbaren Terror ausübte. Die Ustaschi brannten, mordeten, richteten Konzentrationslager ein; ein Teil des katholischen Klerus sprach sich für sie aus. Pater Miroslav Filipovic wurde Kommandeur des NK Jasenovac. Anfang 1941 wurde die Absicht ausgesprochen, den Sohn des letzten österreichischen Kaisers Karl, Erzherzog Otto, zum König von Kroatien zu "wählen". Hitler widersprach. Es wurde die Ehre, König zu werden, einem Vetter des Königs Victor Emanuel III., dem Erzherzog von Spoleto, angeboten,

der sie annehmen mußte. Die Ustaschis hoben ihn als Tomislav II. auf den Thron, trieben jedoch ihre Grausamkeiten und Untaten in solchem Maße weiter, daß sogar die italienischen Faschisten dagegen protestierten und schließlich einschritten. Nach Berechnungen, die den Vereinten Nationen vorliegen, töteten die Ustaschis 85000 orthodoxe Serben, 40000 Zigeuner und 30000 Juden. Nach Angaben des orthodoxen Patriarchen sind diese Ziffern bei weitem zu niedrig angesetzt. Pavelic floh nach dem Kriege erst nach Rom, wo er im "Collegio S. Giordano degli Illirici (Croati)" Unterschlupf fand und dann nach Argentinien, wo er noch heute lebt. Einige Priester, die mit den Ustaschis gemeinsame Sache gemacht hatten, wurden verhaftet, andere flohen nach Rom, angeblich ebenfalls in das erwähnte Collegium.

Dies ist das politische Klima, aus dem Stefan Tomicio alias Alfons Dalma kommt. Wenn er auch Verbindung zum Kreise des Erzherzogs Otto unterhält, so sind doch seine Kenntnisse der deutschen Sprache bis zum heutigen Tage mangelhaft und seine Artikel müssen korrigiert werden.

Es ist unbegreiflich, wie eine als "national" geltende, der CSU nahestehende Zeitung, sich ausgerechnet auf dem Umwege über Österreich einen Chefredakteur und Außenpolitiker mit so undurchsichtiger Vergangenheit heranziehen konnte. Man muß sich fragen, welche Absichten der Verlag verfolgte, als er sich entschloß, diesen, nach Österreich tangierenden, aus dem Ustaschi-Milieu stammenden, Kroaten in Bayern die außenpolitische und praktisch die gesamte Redaktion eines deutschen Blattes zu unterstellen. War weder dem Verlag noch der CSU bekannt, um wen oder was es sich handelte? In diesem Falle gäbe es nur einen einzigen Beweis dafür, daß fahrlässig und nicht absichtlich gehandelt wurde, nämlich schnellstens das zu tun, was in solchen Fällen zu tun ist.

+ + +

Bauern hoffen auf langfristige Kreditgewährung

K.N. Unter den Bauern der kleinen Hunsrückgemeinde Kappel ist niemand, der die augenblicklich durchgeführte "Urlegung" nicht begrößen würde. Alle sind von der Notwendigkeit einer systematisch durchgeführten Flurberreinigung überzeugt. Aber die finanziellen Lasten dieser Aktion drücken und rufen Mißstimmung hervor: Etwa 80 Prozent der Kosten für Entwässerung und Wegebau müssen durch die Beteiligten selbst aufgebracht werden. Je nach Größe des Anwesens sind in bar (neben den Dienstleistungen) zunächst 500, 800 oder 1000 M zu zahlen, und nur zu schnell flattern die Mahnungen des Landeskulturamtes auf den Tisch. Auch Pfändungsbescheide hat die Post schon

gebracht.

"So geht es nicht weiter", sagt der Amtsbürgermeister mit besorgter Miene, "sehen Sie sich unsere Frauen und Kinder an. Wenn sie nicht bei dieser schweren Arbeit mit ihren Händen zupacken würden, dann würden wir überhaupt nicht vorankommen". Und mit langfristigen Staatskrediten, die für eine solche Maßnahme wie die Umlegung unbedingt notwendig seien, könne auch nicht gerechnet werden.

Tatsächlich sind die Belastungen, denen die Gemeinden im Rahmen der Flurbereinigung ausgesetzt sind, zum Teil außerordentlich groß. Zwar kündigen die Landwirtschaftsexperten vom Landesamt in unermüdlicher Bereitschaft eine hundertprozentige Steigerung des Ertrages und damit auch eine Erhöhung der Einnahmen an, aber die Bauern wissen, daß sich diese erhöhten Einnahmen erst in einigen Jahren realisieren werden. Inzwischen müssen sonst wichtige Anschaffungen zurückgestellt werden: Die neue Maschine, die ursprünglich gekauft werden sollte, muß beim Händler bleiben, auch das beschädigte Dach der Scheune kann noch nicht repariert werden.

Die Ministerialbeamten, die vorwiegend am grünen Tisch mit dieser Angelegenheit zu tun haben, denken da anders, sozusagen auf höherer Ebene: "Erhebliche Verbesserung der Bodengrundlage durch Wert-erhöhung der meliorierten Flächen. Die Ernährungsleistung der Gesamtmarkung wird nach Umstellung der Betriebsweise und nach voller Auswirkung der Meliorationen um 65 Prozent steigen". So lautet es in der Amtssprache.

In Fachkreisen wird die Notwendigkeit der Flurbereinigung seit Jahrzehnten überhaupt nicht mehr ernst bestritten. Aber es ist nicht immer leicht, den Bauern die Notwendigkeit und den Nutzen einer solchen Maßnahme klar zu machen. Daß der Birnbau, der an Wegrande steht, und unter dem sich Großvater und Großmutter trafen, nunmehr im Interesse der landwirtschaftlichen Ertragssteigerung fallen soll, wird von dem Betroffenen verständlicherweise erst nach innerem Widerstand eingesehen.

Von den insgesamt 14 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in der Bundesrepublik sollen etwa 6,5 Millionen umgelegt werden, davon 2,5 Millionen verdringlich. Wenn jedoch die geplanten Maßnahmen mit der notwendigen Schnelligkeit durchgeführt werden sollen, dann sind größere staatliche Zuschüsse und Kredite unbedingt erforderlich.

Im Voranschlag für den Bundeshaushalt 1954 sind zunächst 20 Millionen M für Kredite und 30 Millionen M für Zuschüsse zu Flurbereinigungsaktionen vorgesehen. Ob diese Beträge ausreichen, um der Flurbereinigung einen wirklichen Auftrieb zu geben, muß abgewartet werden.

+ + +

Verantwortlich: Peter Braunau